

»Früher wurden Militärputsche unterstützt«

Oskar Lafontaine hat auf seine Facebook-Seite ein Zitat des schottischen Ökonomen und Moralphilosophen Adam Smith (1723–1790) gestellt:

»Es gibt zwei Wege, eine Nation zu erobern und zu versklaven. Der eine ist durch das Schwert, der andere durch Verschuldung.«

Die linke Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel schrieb am Sonntag auf Facebook:

»Die Bundesregierung, allen voran Schäuble, und die Euro-Gruppe wollen die linke Regierung in Griechenland stürzen. Nichts anderes haben diese ›Verhandlungen‹ zum Ziel. Früher wurden Militärputsche unterstützt, so einfach geht das nicht mehr, zumindest nicht in Griechenland. Heute spricht man von ›Vertrauen zurückgewinnen‹, aber das Ziel bleibt das gleiche: eine demokratisch gewählte Regierung zu Fall zu bringen mit perfiden Methoden des Aushungerns. Hier zeigt der Kapitalismus sein wahres Gesicht: Allen, die sich diesem System widersetzen, wird das gleiche widerfahren, ist die eigentliche Botschaft! Unsere Botschaft muss heißen: Weg mit dieser kapitalistischen EU, ihr Weg ist mit Leichen gepflastert, im Mittelmeer, in Griechenland, in ...«

Sahra Wagenknecht, Erste Stellvertretende Vorsitzende der Linksfraction im Bundestag, erklärte am Montag zum Verhandlungsergebnis der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone in Brüssel:

Mit Angela Merkel, Wolfgang Schäuble und Sigmar Gabriel als Berlin-Troika hat Europa keine Zukunft. Erneut sollen Steuermilliarden für die Fortsetzung einer absurden und gescheiterten Politik verschleudert werden. Die neuen »Hilfspakete« dienen wieder nur der Zahlung alter Schulden mit neuen Schulden und der Stützung der griechischen Banken. Der wirtschaftliche Niedergang und die soziale Misere in Griechenland werden sich unter den Kürzungsprogrammen absehbar weiter verschärfen. Das Ganze ist nichts als ein neuer Akt verantwortungsloser Konkursverschleppung. Durch das neue Griechenland-III-Paket wird das Gesamtrisiko für den öffentlichen Haushalt in Deutschland die 100-Milliarden-Grenze überschreiten. Zugleich wird nicht nur die Fortsetzung der Kürzungspolitik, sondern auch der neue Privatisierungsfonds, eine Art Treuhand 2.0, dafür sorgen, dass die Aussichten, auch nur einen Teil unseres Geldes jemals wiederzusehen, sich weiter verschlechtern. Wir haben in Deutschland nach der Wiedervereinigung einschlägige

Erfahrungen mit der Verschleuderung öffentlichen Vermögens durch eine Treuhandanstalt gemacht. Die Neuauflage einer solchen Geldverbrennungsmaschine zum Vorteil einflussreicher Wirtschaftskreise und korrupter Oligarchen ist nun wirklich das letzte, was Griechenland in seinem Elend braucht.

Anstatt blind und gegen den Rat nahezu aller angesehenen Ökonomen eine gescheiterte Politik in Griechenland fortzusetzen, hätten Merkel und Schäuble mit einem Kurswechsel das Leiden der Griechen und den Schaden für uns alle zumindest begrenzen können. Griechenland braucht keine neuen Milliardenpakete, sondern einen Schuldenschnitt und außerdem eine höherer Besteuerung der reichen Oligarchen. Nur wenn die Wirtschaft dank neuer Investitionen wieder auf die Beine kommt, können auch wir davon ausgehen, dass wenigstens ein Teil des in der Vergangenheit bereit gestellten Steuergeldes zurückgezahlt werden kann.